



Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 27.05.2008

zu Ltg.-**992/B-3-2008**

— Ausschuss

An den
Präsidenten des Landtages von
Niederösterreich Herrn Ing. Johann Penz

Bürgerservice-Telefon 02742-9005-9005

In Verwaltungsfragen für Sie da. Natürlich auch außerhalb
der Amtsstunden: Mo-Fr 07:00-19:00, Sa 07:00-14:00 Uhr

RU4-A-1/031-2008

Beilagen

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Bezug
Ltg.992/B-3-2008

BearbeiterIn
Mag. Johannes
Scheuringer

(0 27 42) 9005

Durchwahl

15202

Datum

20. Mai 2008

Betrifft

Resolutionsantrag des Landtages von Niederösterreich betreffend UVP-Verfahren
Kernkraftwerk Mochovce

Sehr geehrter Herr Präsident !

In Entsprechung des Beschlusses des Landtages von Niederösterreich hat Herr Landesrat Dipl. Ing. Josef Plank sich brieflich an Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Dipl. Ing. Josef Pröll gewandt und ihn unter gleichzeitiger Übermittlung des Beschlusses des Landtages ersucht im Sinne dieses Resolutionsantrages eine Klärung der Mitspracherechte Österreichs herbeizuführen und von der Slowakei die Parteienstellung Österreichs im Rahmen eines grenzüberschreitenden UVP-Verfahrens, wie es das EU-UVP-Recht und die ESPOO-Konvention vorsehen, einzufordern.

In seinem Antwortschreiben führt Herr Bundesminister Dipl. Ing. Pröll aus:

„Österreich lehnt die energetische Nutzung der Kernenergie nach wie vor ab - u.a. weil sie weder mit den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung in Einklang zu bringen ist noch eine kostengünstige und zukunftsverträgliche Option zur Bekämpfung des Klimawandels darstellt, muss aber die nationale Souveränität anderer Stellen respektieren.

Dort jedoch, wo es um legitime Schutzbedürfnisse der Österreichischen Bevölkerung wie um den Schutz der Umwelt geht, ist Österreich berechtigt und verpflichtet, seine Stimme zu erheben. Dies geht auch ganz klar aus dem Regierungsprogramm für die XXIII.

Gesetzgebungsperiode hervor, in dem unter anderem ausgeführt wird, dass Österreich in allen Fällen von grenznahen Kernkraftwerksprojekten im Rahmen des EU-Rechtes und der ESPOO-Konvention auch künftig alle Möglichkeiten zum Schutz der österreichischen Sicherheitsbedürfnisse wahrnehmen und nutzen wird.

Diese Haltung ist der Regierung der Slowakischen Republik bekannt. Dies gilt auch für den konkreten Fall der geplanten Fertigstellung der Blöcke 3 und 4 des KKW Mochovce. Angesichts einer aufrechten Baubewilligung ist gemäß slowakischer Rechtslage keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich. Es gibt bislang keine konkreten Anhaltspunkte, dass das slowakische Recht in diesem Punkt gegen EU-Recht oder internationale Übereinkommen verstößt. Sollten sich neue Gesichtspunkte ergeben, würden diese umgehend einer sorgfältigen Prüfung unterzogen.

Dennoch habe ich mich kürzlich auch schriftlich an meinen slowakischen Amtskollegen gewandt und u.a. Österreichs dringenden Wunsch nach größtmöglicher Information und bestmöglicher Konsultation sowie nach umfassender Beteiligung der Öffentlichkeit, gleichermaßen in der slowakischen Republik wie in der Republik Österreich deponiert.

Da es nach wie vor keine rechtsverbindlichen europäischen Sicherheitsstandards gibt, können die Blöcke 3 und 4 des KKW Mochovce auch nicht an verbindlichen Sicherheitsnormen gemessen werden. Unbeschadet dessen drängt Österreich auch im Falle der geplanten Fertigstellung der Blöcke 3 und 4 des KKW Mochovce auf höchstmögliches Sicherheitsniveau und einen umfassenden Sicherheitsdialog. Die Slowakische Republik hat ihre Bereitschaft dazu bereits bekundet. Details hierzu sind derzeit in Ausarbeitung.

Der erste Schritt wird in der Klärung der tatsächlichen intendierten Nachrüstungen bestehen, da erst dann eine fundierte Beurteilung, ob die Fertigstellung der Blöcke 3 und 4 des KKW Mochovce im Sinn der UVP-Richtlinie bzw. der ESPOO-Konvention als neues Vorhaben zu qualifizieren ist, möglich wird. Dies ist auch eine unabdingbare Voraussetzung für eine Befassung der Europäischen Kommission.

Ich bin mir mit dem gegenwärtigen Umweltminister Italiens in der Ablehnung der Kernenergie einig, wie auch das informelle Umweltministertreffen kernenergiekritischer Staaten im Herbst 2007 in Wien gezeigt hat. Selbstverständlich werde ich die Bedenken hinsichtlich des KKW Mochovce daher auch ihm gegenüber zum Ausdruck bringen.“

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung

Dipl.Ing. P l a n k

Landesrat

elektronisch unterfertigt